► Dienstwagen

Elektro-Dienstwagen: Was deckt pauschaler Auslagenersatz ab?

| Arbeitgeber können ihren Arbeitnehmern aus Vereinfachungsgründen im Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2020 einen pauschalen steuerfreien Auslagenersatz für den Ladestrom für den Elektro-Dienstwagen zahlen: Ohne Lademöglichkeit beim Arbeitgeber 50 Euro monatlich. Mit Lademöglichkeit beim Arbeitgeber 20 Euro monatlich. So steht es im BMF-Schreiben vom 26.10.2017, Rz. 19a. In der Praxis stellt sich die Frage: Welche Kosten sind mit dem pauschalen Auslagenersatz abgegolten? |

Antwort | Nach LGP-Auffassung sind die Kosten für den Ladestrom abgegolten, die der Arbeitnehmer getragen hat. Dazu zählen auch die Kosten für das Aufladen an Fremdtankstellen – und nicht nur die Kosten für das Aufladen zuhause. Das ergibt sich aus Rz. 19 des ursprünglichen BMF-Schreibens vom 14.12.2016 (Az. IV C 5 – S 2334/14/10002-03, Abruf-Nr. 190650; BMF, Schreiben vom 26.10.2017, Az. IV C 5 – S 2334/14/10002-06, Rz. 19a, Abruf-Nr. 197434).

► Arbeitslosengeld

Nur eine Sperrzeit bei Nichtbewerbung auf 3 Arbeitsangebote

| Werden einem Arbeitslosen innerhalb weniger Tage 3 Arbeitsangebote unterbreitet und bewirbt er sich nicht, rechtfertigt dies nur eine Sperrzeit bei Arbeitsablehnung. Dies hat das BSG im Fall eines Kochs entschieden. Die Bundesagentur für Arbeit hatte eine 3-, eine 6- und eine 12-wöchige Sperrzeit festgesetzt. |

Das BSG geht bei mehreren Beschäftigungsangeboten in einem so engen zeitlichen Zusammenhang von einem einheitlich zu betrachtenden Lebenssachverhalt aus und lehnt daher eine Mehrfach-Sanktion ab (BSG, Urteil vom 03.05.2018, Az. B 11 AL 2/17 R, Abruf-Nr. 201025).

► Altersversorgung

Hinterbliebenenversorgung: Altersabstandsklausel ist rechters

| Sieht eine Altersabstandsklausel vor, dass Ehegatten nur dann eine Hinterbliebenenversorgung erhalten, wenn sie nicht mehr als 15 Jahre jünger als der Versorgungsberechtigte sind, liegt darin keine gegen das AGG verstoßende Diskriminierung wegen des Alters. Das hat das BAG klargestellt. |

Nach Ansicht des BAG ist die unmittelbare Benachteiligung wegen des Alters durch die Klausel in der betrieblichen Versorgungsordnung gerechtfertigt:

- Der Arbeitgeber, der eine Hinterbliebenenversorgung zusage, habe ein legitimes Interesse, das hiermit verbundene finanzielle Risiko zu begrenzen.
- Die Altersabstandsklausel sei erforderlich und angemessen. Sie führe nicht zu einer übermäßigen Beeinträchtigung der legitimen Interessen der versorgungsberechtigten Arbeitnehmer, die von der Klausel betroffen seien (BAG, Urteil vom 20.02.2018, Az. 3 AZR 43/17, Abruf-Nr. 199788).

Frage zu
Kostenpauschalen
für Ladestrom

Ein versicherungs-
widriges Verhalten
– keine Mehrfach-
Sanktion

Keine Hinterbliebe-
nenversorgung bei
Altersabstand von
mehr als 15 Jahren